

Unterrichtung

Hannover, den 24.04.2025

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2022

Ambulanter Justizsozialdienst: Nach Reform wieder reformbedürftig

Beschluss des Landtages vom 25.09.2024 - Drs. 19/5408 Nr. 19 - nachfolgend abgedruckt:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nimmt die Empfehlungen des Landesrechnungshofs zum Ambulanten Justizsozialdienst Niedersachsen zur Kenntnis.

Er erwartet vom Justizministerium, dass es unter Einbeziehung des Ambulanten Justizsozialdienstes Niedersachsen die Anzahl der Bürostandorte und Bezirke perspektivisch verringert. Dabei sollte es Zentralisierungsmöglichkeiten nutzen, ohne den Aspekt der bürgernahen Justiz in der Fläche aus dem Blick zu verlieren.

Des Weiteren hat das Justizministerium sicherzustellen, dass der Ambulante Justizsozialdienst Niedersachsen den Täter-Opfer-Ausgleich den Vorschriften der Landeshaushaltsordnung entsprechend durchführt bzw. fördert.

Über das Veranlasste ist dem Landtag bis zum 31.05.2025 zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 22.04.2025

Bürostandorte und Bezirke

Die Struktur und Anzahl der Bürostandorte und Bezirke wird durch das Niedersächsische Justizministerium unter Einbeziehung des Ambulanten Justizsozialdienstes (AJSD) bereits seit geraumer Zeit geprüft. Diese Prüfung dauert noch an und wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Bezüglich der avisierten Reduzierung der Bürostandorte sind jeweils lokale Besonderheiten der Liegenschaften zu berücksichtigen. Im Bereich der Büros (inkl. Außensprechstellen) unterliegt nur ein Teil der externen Anmietung. Ein nicht unerheblicher Teil wird entweder als Landesliegenschaft oder auch kostenfrei genutzt. Ein schematisches Vorgehen ist daher kaum möglich, vielmehr ist für jeden einzelnen Standort zu ermitteln, ob überhaupt Einsparungen zu erreichen sind. Zudem ist zu überprüfen, ob und in welchem Umfang die möglichen Maßnahmen zu einer Verschlechterung des Versorgungsangebotes des AJSD führen, etwa zu einer Beeinträchtigung der Erreichbarkeit durch die Klientinnen und Klienten. Im Anschluss daran wird abzuwägen sein, ob eine Änderung der Struktur veranlasst ist.

Überdies befindet sich der AJSD derzeit in einem Weiterentwicklungsprozess hinsichtlich seiner Qualitätsstandards. Der Zeitrahmen sieht den Abschluss des Prozesses Ende 2025 vor. Sobald die neuen Qualitätsstandards als handlungsleitende und verbindliche Vorgabe etabliert sind, soll untersucht werden, ob sich entweder hieraus oder hiervon unabhängig weitergehende Änderungsbedarfe ergeben.

Bei jeder zur Prüfung anstehenden Entscheidung über Bezirks- und Bürostandorte und -strukturen werden die Erwägungen des Landesrechnungshofes mitbedacht.

Täter-Opfer-Ausgleich

Das derzeitige Mischsystem der Durchführung durch Freie Träger und dem AJSD soll umfassend evaluiert werden. Dabei soll ein qualitativer Vergleich erfolgen. Die Ausschreibung der Evaluation über das Logistik Zentrum Niedersachsen ist abschließend vorbereitet. Für die Evaluation stehen für

das laufende Haushaltsjahr insgesamt 120 000 Euro zur Verfügung. Die Ausschreibung des Vergabeverfahrens wird aktuell veranlasst.

Die voraussichtliche Evaluationsdauer wird gegenwärtig mit bis zu einem Jahr kalkuliert. Aufgrund der dann zu erwartenden Ergebnisse soll sodann über die zukünftige Ausgestaltung des Täter-Opfer-Ausgleichs in Niedersachsen entschieden werden.

(Verteilt am 25.04.2025)